AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Venezuela

2025

Auch 2025 wurden in Venezuela Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, die straffrei blieben. Personen, die der Regierung von Präsident Nicolás Maduro kritisch gegenüberstanden, wurden von den Behörden verfolgt und bestraft. Hunderte wurden wegen ihrer oppositionellen Haltung oder ihrer Kritik an der Regierung Opfer von willkürlicher Inhaftierung, Verschwindenlassen, Folter oder anderen Menschenrechtsverletzungen. Sie erhielten häufig kein faires Verfahren vor einem unabhängigen Gericht und hatten weder Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl noch zu Informationen über die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Die Regierung ging nach wie vor mit harter Hand gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen vor.

Hintergrund

Die unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für Venezuela legte im September und Dezember 2025 Berichte vor, in denen sie Menschenrechtsverletzungen dokumentierte, die im Nachgang der Präsidentschaftswahl begangen worden waren. Dabei nahm sie auch die Rolle der Angehörigen der Nationalgarde (Guardia Nacional Bolivariana) genauer in den Blick, deren Beteiligung an schweren Übergriffen bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit erneut bestätigt wurde.

Willkürliche Inhaftierung

In Venezuela wurden auch 2025 Menschen willkürlich aus politischen Gründen inhaftiert, wenn auch in geringerem Umfang als noch 2024. Im Dezember 2025 kündigte die Regierung die Haftentlassung zahlreicher Inhaftierter an, darunter die des Journalisten Roland Carreño und die von Biagio Pillieri, einem ehemaligen Mitglied der venezolanischen Nationalversammlung, sowie die Freilassung der gewaltlosen politischen Gefangenen Rocio San Miguel und Carlos Julio Rojas.. Die NGO Foro Penal bestätigte die Freilassung von 117 Gefangenen. Am 31. Dezember befanden sich von den mehr als 2.000 Personen, die nach der Präsidentschaftswahl willkürlich inhaftiert worden waren, noch mindestens 806 rechtswidrig in Haft.

Ende 2025 befanden sich immer noch Hunderte Menschen ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft.

Verschwindenlassen

Der Verbleib zahlreicher Personen, die nach der Wahl 2024 dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen waren, blieb unbekannt. Auch der Aufenthaltsort vieler Menschen, die 2025 inhaftiert wurden, war nicht bekannt. Laut Angaben von Foro Penal galten Ende 2025 noch mindestens 63 Personen als "verschwunden".

Die Opfer des Verschwindenlassens wurden in der Regel zunächst willkürlich von Sicherheitskräften festgenommen, die anschließend Informationen zurückhielten, die Inhaftierung der betroffenen Personen abstritten und deren Schicksal und Verbleib bewusst verschleierten. In den meisten Fällen wurde die Inhaftierung erst Tage oder Monate später kommuniziert, und selbst dann wussten die Angehörigen der Betroffenen nur, dass sich die Person in Gewahrsam der Behörden befand. In einigen Fällen wurden die Opfer des Verschwindenlassens zwischen verschiedenen Haftanstalten hin und her verlegt.

Emirlendris Benítez / Folter

Emirlendris Benítez, eine 45-jährige Geschäftsfrau, ist seit dem 8. August 2018 willkürlich inhaftiert. Sie wurde aus nicht stichhaltigen Gründen verhaftet und fälschlicher Weise mit Gewalttaten gegen Nicolás Maduro in Verbindung gebracht. Obwohl sie schwanger war, wurde sie gefoltert und sie wurde zu einem Schwangerschaftsabbruch gezwungen. Die Folge der Schläge, die sie erlitt, führten dazu, dass sie auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Emirlendris Benítez verbüßt derzeit eine ungerechtfertigte 30-jährige Haftstrafe.

https://amnesty-chile-venezuela.de/wp-content/uploads/342/Begleittext-2026-04.pdf

https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/venezuela-2025#section-23742714

https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/venezuela-willkuerlich-inhaftierte-freilassen

https://hrf.org (Human Rights Foundation)